

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XIX
Einleitung: Anlass und Gang der Untersuchung	1
Kapitel 1: Anwaltliche Datenverarbeitung und Datenschutzkontrolle in der Diskussion	7
A. Die Datenverarbeitung im anwaltlichen Mandat.	7
B. Die Systematik der Datenschutzkontrolle in der Bundesrepublik Deutschland	11
C. Der Streitstand zur Datenschutzkontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung	16
Kapitel 2: Die anwaltliche Fremd- und Eigenkontrolle de lege lata	27
A. Die Vorstände der Rechtsanwaltskammern als „sektorale Organe“ der datenschutzrechtlichen Fremdkontrolle?	27
B. Die Datenschutzaufsichtsbehörden und ihre Befugnis zur Fremdkontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung	62
C. Die Bestellung eines betrieblichen Datenschutzauftragten zur Eigenkontrolle in der Anwaltskanzlei.	90
D. Zwischenbilanz.	95
Kapitel 3: Die Kontrolle im Spannungsfeld von Betroffenenschutz und Rechtspflege	97
A. Effektiver Betroffenenschutz als organisatorische Anforderung an die Datenschutzkontrolle	97
B. Mandatsbezogene Datenverarbeitung, anwaltliche Unabhängigkeit und Kontrolle	111
C. Möglichkeiten zur Übertragung von Kontrollbefugnissen auf die Kammern.	118

Kapitel 4:	Die europäische Perspektive de lege ferenda	127
A.	Vorüberlegungen zur Tragweite einer Datenschutz-Grundverordnung	127
B.	Spezielle Rechtsfolgen für die Kontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung	136
C.	Zwischenbilanz	148
Kapitel 5:	Endergebnis in Thesen	149
Anhang/Materialien		151

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Anlass und Gang der Untersuchung	1
Kapitel 1: Anwaltliche Datenverarbeitung und Datenschutzkontrolle in der Diskussion	7
A. Die Datenverarbeitung im anwaltlichen Mandat	7
I. Typische Verarbeitungsvorgänge im Mandatsverlauf	7
II. Der Anwalt als interessensgebundener Datenver- arbeiter	9
B. Die Systematik der Datenschutzkontrolle in der Bundesrepublik Deutschland	11
I. Die Grundstrukturen	11
1. Eigenkontrolle	11
2. Fremdkontrolle	12
II. Sonderformen der Datenschutzkontrolle	14
C. Der Streitstand zur Datenschutzkontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung	16
I. Ungeklärte Fremdkontrollbefugnisse von Rechtsanwaltskammern und Datenschutzbehörden	16
1. Der Standpunkt der Rechtsanwaltskammern	17
2. Der Standpunkt der Datenschutzbehörden	19
3. Weitere Rechtsauffassungen	20
4. Vorläufige Stellungnahme	22
II. Unklarheiten bei der Bestellung von betrieblichen Datenschutzbeauftragten	23
1. Der Streitstand zur Eigenkontrolle	23
2. Vorläufige Stellungnahme	25
Kapitel 2: Die anwaltliche Fremd- und Eigenkontrolle de lege lata	27
A. Die Vorstände der Rechtsanwaltskammern als „sektorale Organe“ der datenschutzrechtlichen Fremdkontrolle?	27
I. Rechtshistorische Erwägungen	27
1. Die deutschen Anwaltvereine und die Adaption des französischen Kammermodells	27
2. Die Organisation der Rechtsanwaltskammern nach Maßgabe der RAO von 1878	29
3. Die Zeit des Nationalsozialismus und die Neuord- nung nach 1945	30

4. Einordnung in die Problematik und rechtshistorische Interpretation	32
II. Der gesetzliche Aufgabenbereich der Kammer- vorstände	33
1. Datenschutzkontrolle als eigenständige Aufgabe im Sinne von § 73 BRAO?	34
a) Benannte und unbenannte Kompetenzen	34
b) Keine unbenannte Kompetenz zur Datenschutz- kontrolle nach § 73 Abs. 1 S. 3 BRAO	35
2. Datenschutzkontrolle als spezieller Aspekt der Berufsaufsicht	36
a) Grundsätzliche Erwägungen	36
b) Das Berufsgeheimnis als spezielle Grundlage datenschutzrechtlicher Pflichten von Rechts- anwälten?	37
(1) Das anwaltliche Berufsgeheimnis als histo- rischer Vorgänger des modernen Daten- schutzrechts	38
(2) Datenschutzrechtliche Aussagen der §§ 43a Abs. 2 BRAO, 203 StGB.	42
aa) Die Anwendbarkeit des Berufsgeheim- nisses auf personenbezogene Daten	44
i) Die Verletzung von Privatgeheim- nissen nach § 203 StGB.	44
ii) Die Pflicht zur Verschwiegenheit nach § 43a Abs. 2 BRAO.	48
bb) Der Schutz der informationellen Selbst- bestimmung durch das Berufsgeheimnis.	50
c) Die Handaktenregelung nach § 50 BRAO	52
d) Zum Vorliegen sonstiger datenschutzrechtlicher Kontrollgegenstände	53
III. Der Vollzug der Berufsaufsicht über die Pflicht zur Verschwiegenheit	55
1. Die Belehrung und das „Zwischeninstrumentarium“	56
2. Das Recht zur Rüge	57
a) Voraussetzungen und Hindernisse	57
b) Der Verfahrensablauf	59
B. Die Datenschutzaufsichtsbehörden und ihre Befugnis zur Fremdkontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung...	62
I. Historie der Datenschutzaufsichtsbehörden	62
II. Die Anwendbarkeit der Befugnisnorm des § 38 BDSG...	63
III. Zum Vorliegen eines tauglichen Kontrollgegenstandes – Die Anwendbarkeit des materiellen Datenschutzrechts des BDSG	66

1.	Der Streitstand zur Anwendbarkeit des BDSG	67
a)	Die verfassungsrechtlichen Erwägungen Rüpkes..	67
b)	Die Auffassung der Datenschutzbehörden	69
c)	Weitere Rechtsauffassungen	70
2.	Eigene Beurteilung der Anwendbarkeit des BDSG ..	72
a)	Verfassungsrechtliche Erwägungen	73
b)	Die Auswirkungen des § 1 Abs.3 S.1 BDSG	75
(1)	Der materiell-rechtliche Regelungsansatz des BDSG.....	76
(2)	Schlussfolgerungen für die Anwendung von § 1 Abs.3 S.1 BDSG.....	77
(3)	Die Auswirkungen des § 1 Abs. 3 S.2 BDSG. .	79
3.	Zwischenbilanz zur Anwendbarkeit des § 38 BDSG ..	80
III.	Die Ausübung der Fremdkontrolle durch die Aufsichtsbehörden	81
1.	Befugnisse zur Sachverhaltsaufklärung.....	81
a)	Auskunftsrechte nach § 38 Abs.3 BDSG.....	82
b)	Betretungs-, Prüfungs-, Besichtigungs- und Einsichtsrecht nach § 38 Abs. 4 S. 1 und S. 2 BDSG	85
2.	Unterrichtungsbefugnisse und Anordnungsbefugnisse	86
a)	Unterrichtung des Betroffenen nach § 38 Abs. 1 S. 6 BDSG	86
b)	Anordnungsrechte nach § 38 Abs.5 S.1 BDSG....	87
c)	Anordnungsrechte nach § 38 Abs.5 S.2 BDSG....	88
3.	Sonstige relevante Befugnisse und Pflichten	88
a)	Handhabung der Bußgeldtatbestände nach § 43 BDSG	88
b)	Anzeigepflicht nach § 38 Abs.1 S. 8 i.V.m. § 23 Abs. 5 BDSG	89
c)	Abberufung des Datenschutzbeauftragten nach § 38 Abs.5 S.3 BDSG	89
4.	Rechtsschutz gegen aufsichtsbehördliche Maßnahmen	89
C.	Die Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten zur Eigenkontrolle in der Anwaltskanzlei	90
I.	Die anwaltliche Pflicht zur Bestellung nach § 4f. Abs.1 BDSG	90
II.	Bestellung und Kontrolle des Datenschutzbeauftragten..	92
D.	Zwischenbilanz.....	95

Kapitel 3: Die Kontrolle im Spannungsfeld von Betroffenenschutz und Rechtspflege	97
A. Effektiver Betroffenenschutz als organisatorische Anforderung an die Datenschutzkontrolle	97
I. Das Gebot der Effektivität und seine rechtlichen Grundlagen	97
II. Die Aufsichtsbehörden und Rechtsanwaltskammern als effektive Kontrollstellen?	100
1. Die Effektivität der Kontrolle durch die Datenschutzaufsichtsbehörden	100
a) Die Debatte um die „völlige Unabhängigkeit der Datenschutzaufsichtsbehörden“ und die Rechtsprechung des EuGH	101
b) Einschränkung der Effektivität der Kontrolle durch § 1 Abs. 3 S. 2 BDSG?	103
2. Die Effektivität der Berufsaufsicht durch die Rechtsanwaltskammern	107
B. Mandatsbezogene Datenverarbeitung, anwaltliche Unabhängigkeit und Kontrolle	111
I. Exkurs: Die Auswirkungen der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die institutionelle Kontrollorganisation	111
II. Mandatsbezogene Datenschutzkontrolle unter der Bedingung der Selbstverwaltung?	113
1. Mandatsbezogene Datenverarbeitung als Teilaspekt der Unabhängigkeit anwaltlicher Berufsausübung ...	113
2. Die Wahrung der „staatlich unabhängigen mandatsbezogenen Datenverarbeitung“ durch das Prinzip der Selbstverwaltung	116
C. Möglichkeiten zur Übertragung von Kontrollbefugnissen auf die Kammern	118
I. Notwendigkeit von gesetzlichen Neuregelungen	118
II. Rechtspolitische Änderungsvorschläge	119
1. Die Entwürfe zur Änderung und Ergänzung der BRAO	120
2. Eigene Änderungsvorschläge	121
Kapitel 4: Die europäische Perspektive de lege ferenda	127
A. Vorüberlegungen zur Tragweite einer Datenschutz-Grundverordnung	127
I. Die Regelungssystematik des aktuellen Entwurfs	127
II. Der Entwurf der EU-Kommission in der Diskussion....	130
1. Besteht eine hinreichende Gewährleistung des Grundrechtsschutzes?	130

2. Die Vereinbarkeit einer Unionsregelung mit dem Subsidiaritätsprinzip	132
III. Auswirkungen auf die Anwendbarkeit des BDSG.....	135
B. Spezielle Rechtsfolgen für die Kontrolle der mandatsbezogenen Datenverarbeitung	136
I. Die Anwendbarkeit der Verordnung auf die mandatsbezogene Datenverarbeitung	136
II. Die Fremdkontrolle	137
1. Stellung und Aufgaben der Aufsichtsbehörden	137
2. Die Ausübung der Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde	140
a) Zugriffs und Zugangsrechte im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung	140
b) Die sonstigen Kontrollbefugnisse	142
c) Rechtsbehelfe gegen aufsichtsbehördliches Handeln.....	143
3. Fortbestand der „datenschutzrechtlichen Doppelaufsicht“?.....	143
III. Die Eigenkontrolle	144
1. Die Pflicht zur Benennung eines Beauftragten	144
2. Person und Stellung des Beauftragten	146
3. Aufgaben und Befugnisse	147
IV. Abschließende Anmerkungen zur Rechtspolitik.....	147
C. Zwischenbilanz.....	148
Kapitel 5: Endergebnis in Thesen	149
Anhang/Materialien.....	151